

Durchgeführt von:

Den Handel in der Ukraine stärken

Um die Wirtschaft in der Ukraine anzukurbeln, wird der Handel gefördert und Exporte in die EU erleichtert



Herausforderung: Schlechte Wirtschaftsleistung und geringe Exportrate

Seit Jahren befindet sich die Ukraine wirtschaftlich in einer schwierigen Situation. Angeheizt durch den Konflikt auf der Krim und in der Ostukraine im Jahr 2014, verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage in der Ukraine weiter und das Bruttoinlandsprodukt ging von 2014 bis 2015 um etwa 16 Prozent zurück. Auch die Exporte sind rückläufig – insbesondere für den russischen Markt, der vorher zu den wichtigsten Abnehmern ukrainischer Produkte zählte. Zwischen 2013 und 2016 sank die Exportrate um mehr als ein Drittel.

Um diese negativen Entwicklungen zu kompensieren, müssen ukrainische Unternehmen neue Exportmärkte erschließen. So können das Wirtschaftswachstum angekurbelt und neue Jobs geschaffen werden. Mit dem Assoziierungsabkommen zwischen der Ukraine und der Europäischen Union (EU) entsteht eine Freihandelszone, die den Verkauf ukrainischer Produkte in der EU erleichtert. Dazu müssen allerdings die Rahmenbedingungen und Rechtsvorschriften in der Ukraine angepasst werden. Unternehmen müssen EU-konforme Normen einhalten und ein neues Standardisierungssystem einführen.

Projektname: Förderung der Rahmenbedingungen für Handel in der Ukraine

Auftraggeber: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)

Durchführungsorganisation: Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Politischer Träger: Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Handel der Ukraine

Projektgebiet: Ukraine

Gesamtaufzeit: 12/2016 – 12/2019

Ansprechpartner: Benjamin Klinger / benjamin.klinger@giz.de

Dies stellt die Unternehmen in der Ukraine vor große Herausforderungen. Ihnen fehlt das Know-how, um die neuen Richtlinien anzuwenden.

Unser Lösungsansatz: Europäische Märkte leicht bedienen

Im Auftrag der deutschen Bundesregierung schafft die GIZ bessere Bedingungen für ukrainische Unternehmen, die ihre Produkte auf dem europäischen Markt vertreiben möchten. Um die EU-Märkte leichter zugänglich zu machen, muss der politische Rahmen für Handel und Export neu gestaltet werden. Die GIZ unterstützt das ukrainische Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Handel bei der Erarbeitung von Aktionsplänen für die Exportstrategie der Ukraine 2017–2021. Beamte öffentlicher Institutionen, Fachleute aus der Privatwirtschaft sowie Vertreter aus Wirtschaftsverbänden und Handelskammern kommen in eigens geschaffenen Arbeitsgruppen zusammen und diskutieren Lösungen zur Umsetzung der Exportstrategie. Begleitet von internationalen Experten lernen sie dabei mehr über EU-Standards und Umsetzung politischer Maßnahmen. Durch moderne Dialogformate verbessern sie zudem ihre Zusammenarbeit und den Austausch.



Experten diskutieren sektorale und sektorübergreifende Strategien für verbesserte Handelsbedingungen

Die GIZ schärft das Bewusstsein ukrainischer Produzenten für das neue Normensystem und schult Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ukrainischer Institutionen wie der ukrainischen Agentur für Normung. So werden Standards und Normen der Ukraine an die der Europäischen Union angepasst und Handelshemmnisse abgebaut. Zusätzlich reduziert das Assoziierungsabkommen mit der EU und ein Übereinkommen der Welthandelsorganisation WTO den Verwaltungsaufwand für die Exporteure. Die GIZ sorgt gemeinsam mit den zuständigen Ministerien und Behörden für die Einführung einfacherer und transparenterer Handelsverfahren. Unternehmen erhalten über eine neu entwickelte Onlineplattform Zugang zu allen relevanten Handelsbestimmungen. Vorteile von dem verbesserten Handel haben nicht nur die Unternehmen selbst: durch die gestärkte Wirtschaft werden nicht zuletzt die Lebensbedingungen der gesamten ukrainischen Bevölkerung verbessert.



Die Exportchancen der Ukraine in die EU verbessern sich



Experten nehmen an Gesprächen zur nationalen Exportstrategie teil



L.M. Vitkin: „Innovationen für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung“

Als Direktor der Abteilung für technische Regulierung des Ministeriums für wirtschaftliche Entwicklung und Handel in der Ukraine kennt L.M. Vitkin das Projekt zur Förderung der Rahmenbedingungen für Handel gut. Vitkin erläutert:

Herausgeber:
Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH

Sitz der Gesellschaft Bonn und Eschborn

GIZ Ukraine
Förderung der Rahmenbedingungen für Handel in der Ukraine
Antonovycha (Horkoho) Str. 16b
01004 Kiew, Ukraine
I www.giz.de/ukraine

Unsere Wirkungen: Neue Richtlinien für bessere Handelsbedingungen

Die GIZ unterstützt die ukrainische Regierung bei der Entwicklung von fünf sektoralen und vier sektorübergreifenden Strategien, um die Handelsbedingungen im Export zu verbessern. In drei öffentlichen Beratungsrunden kamen 2018 mehr als 1.000 Vertreter und Vertreterinnen aus Wirtschaft und Regierung zusammen, um gemeinsam mit Experten Aktionspläne zu erarbeiten und zu diskutieren. So werden etwa Aktionspläne für den Lebensmittelsektor und die IT-Branche entwickelt, die Trainings für ukrainische Unternehmer enthalten, um sie auf die Anforderungen der neuen Zielmärkte in der EU vorzubereiten. Wichtige Querschnittsthemen in Aktionsplänen sind Handels erleichterung sowie Innovationen für den Export.

Zudem begleitet die GIZ die Standardisierungsbehörde der Ukraine bei der Entwicklung ihrer neuen Strategie. Ab 2020 soll die Standardisierungsbehörde so zu einem Regulierer und Dienstleister nach EU-Prinzipien werden.

„Die Zusammenarbeit mit der GIZ ist nicht nur eine Möglichkeit, eine der besten internationalen Erfahrungen im Bereich der modernen Qualitätsinfrastruktur der Ukraine zu nutzen, sondern auch Innovationen für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung zu fördern.“

Stand: Kiew, 01/2019

Gestaltung: Olessja Litwinowa

Bildnachweis: Seite 1: © GIZ / Alexandre Haidai, © GIZ / Oleg Petrasik; Seite 2: © Shutterstock, © GIZ / Oleg Petrasik

Text: Steffi Noelting

Die GIZ ist für den Inhalt der vorliegenden Publikation verantwortlich.

Im Auftrag des
Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)